

Bezugspreis:
frei ins Haus monatlich 4,— Mark.
Einzelnummer 30 Pfg.
Bestellungen sind an die Expedition
Brotbrückengasse Nr. 14, zu richten.

GAZETA

DZIENNIK GDAŃSKI

Redaktion und Geschäftsstelle:
Danzig, Brotbrückengasse Nr. 14
Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1307
Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.
Danzig, Hundegasse Nr. 85

Nr. 4

Danzig, den 7. Dezember 1921

I. Jahrg.

Das Entladen von Munition im Danziger Hafen.

Angesichts der vielen Stimmen als ob das Entladen von polnischer Munition im Hafen von Danzig den sicheren Handelsverkehr im Hafen bedrohte und selbst mit einer Gefahr für die Sicherheit der Stadt verbunden wäre begab sich am Ende der vorigen Woche der Generalkommissar der polnischen Republik der Herr Minister Pluciński zum Munitionsentladeplatz und wohnte mit zahlreichen Zivilbeamten des Generalkommissariats der Entladung der Munition von dem französischen Guelleviller bei, der im sogen. Freibezirk vor Anker gegangen war. Sogleich nach seiner Ankunft begab sich der Herr Generalkommissar auf Deck des Schiffes, auf dem gerade vermittle Krähnen schwere Kisten mit Munition zur Entladerrampe befördert wurden. Hier auf stieg er vom Deck nach den Munitionskammern des Schiffes hinab. Später besichtigte er eingehend die Schuppen die der Aufbewahrung der Munition auf dem Lande dienen. Durch Unterhaltung mit den beim Entladen der Munition beschäftigten Danziger Arbeitern liess sich feststellen, dass diese Arbeiter beim Transportieren polnischer Munition bereits zwei Jahre lang beschäftigt sind. In dieser langen Zeit hat sich beim Entladen der Munition noch nie eine Explosion ereignet, die irgend jemandem einen Schaden zugefügt hätte. Die Arbeiter erklärten ferner, dass sie selbst eine Explosion nicht fürchten, mit ihrer Beschäftigung voll auf befriedigt sind, zumal sie hierfür entsprechend höhere Löhne empfangen. Die Entladung der Munition beaufsichtigten zwei höhere Offiziere mit einer entsprechenden Anzahl von Aufsichtspersonal. Die Sicherheitsvorschriften und Massnahmen, die bei der Entladetätigkeit angewandt werden, übertreffen in hohem Masse alle Sicherheitsvorkehrungen die seiner Zeit in der deutschen Armee und zwar nicht nur in der Kriegszeit, sondern auch im Frieden zur Anwendung gelangten. Auch die französischen Marineoffiziere und Soldaten die auf dem Schiffe Dienst taten, gaben zu, dass die Vorsichtsmassregeln französischer Behörden beim Entladen von Munition nicht annähernd so peinlich und genau durchgeführt werden wie es Polen im Danziger Hafen tut. So hat man z. B. beim Beladen des Schiffes Guelleviller in dem französischen Hafen eine Vermehrung der Vorsichtsmassnahmen wie sie sonst beim Beladen von ge-

wöhnlichen entzündbaren Waren im Gebrauche sind für überflüssig gehalten.

Die Wurfgeschosse die das Schiff aus Frankreich hergebracht hat sind vollkommen ohne Zünder, so dass selbst ein stärkerer Wurfgeschossschlag oder Fall des Geschosses zur Erde keine Explosion hervorrufen kann. Eine Entladung der Geschosse kann einzig und allein ein Brand verursachen und zwar ein Brand grösseren Umfangs der imstande wäre die dicken Stahlmängel der Geschosse derart zu erhitzen, dass die hermetisch verschlossene Munition sich infolge der hohen Temperatur des Mantels entzünden könnte; aber selbst in diesem doch sehr selten anzunehmenden Falle würden das nur Teilexplosionen, gewiss weniger gefährlich, wie etwa Explosionen von Spirituszellulose oder gar Petroleum oder Benzin, wovon sich grosse Mengen gerade im Hafen von Danzig befinden und deren Export eine der höchsten Positionen des Danziger Hafenverkehrs ausmacht und in Zukunft ausmachen wird.

Das Entladen von Munition in dem sogenannten Freibezirk des Danziger Hafens ist eine schwierige und unangenehme Sache. In Anbetracht des Umstandes, dass sich die Entladetätigkeit eben in der Nähe dieser in der Nachbarschaft dort angehäuften Stoffe und Waren vollziehen muss. Darum muss Polen für diese Entladungen eben recht bald eine vollkommen isolierte Stelle erhalten. Die Bezeichnung und Uebergabe dieser Stelle auf dem Holm gestaltet sich tatsächlich zu einer der brennendsten Fragen in Danzig. Die Entladetätigkeit könnte man bedeutend verkürzen, und so die Gefahr, soweit diese überhaupt existiert bedeutend herabmindern, wenn die Danziger Behörden eine Uebernahme der Munition von den Schiffen direkt in die Leichter gestatten würden. Trotz sehr sachlich begründeter diesbezüglicher Eingaben von polnischer Seite, wollen die Danziger Behörden zu dieser Art der Entladung ihre Einwilligung nicht geben. Dadurch wird natürlich die Entladung jedes grösseren Schiffes um volle 24 Stunden verlängert. Die Entladung der ganzen Munitionsmenge vom Schiffe Guelleviller ist bereits durchgeführt ohne dass es zu der mancherseits befürchteten Explosion gekommen wäre. Das war ja aber nach allen menschlichen Berechnungen auch nicht zu erwarten.

Vor einer Teilung Oesterreichs?

Die letzten Ereignisse in Wien haben in Berlin grosse Beunruhigung hervorgerufen, weil in Berlin die kommunistische Agitation erschreckend an Umfang zunimmt. Es geht das Gerücht, dass die Entente im Falle weiterer Verwicklung in Oesterreich diesen Staat unter die Tschecho-Slowakei, Jugoslawien und Italien, jedoch mit Ausschluss Deutschlands aufzuteilen beabsichtigt. Die Durchführung eines solchen Planes würde die Macht Deutschlands erheblich schwächen und alle Anleihen und Moratorien überflüssig machen. England soll mit diesem Plane nicht einverstanden sein.

Die Teilung des neutralen polnisch-litauischen Grenzstreifens.

Oberst Chardigny, Mitglied der Internationalen Kontrollkommission in Wilna, hat folgende Teilung des neutralen zwischen Litauen und dem Wilnagebiet gelegenen Grenzstreifens vorgeschlagen: Das Gebiet südlich des Wiljaflusses fällt an Mittellitauen, das nördliche Gebiet mit Schirwindt an das Kownoer Litauen. Der Oberst Chardigny wies darauf hin, dass auf diese Weise Mittellitauen die Bahn Wilno-Grodno erhalten würde. General Zeligowski erwiderte in seiner Antwort, dass eine solche Teilung, die die polnische Bevölkerung in hohem Masse benachteiligen würde, unannehmbar sei. Die Bahnlinie Wilno-Grodno kann überhaupt nicht Gegenstand von Verhandlungen sein, weil sie bereits vertraglich an Mittellitauen gefallen ist. Den Vertrag hat auch der Völkerbund garantiert. Nach dieser Unterhandlung begaben sich die Vertreter des Völkerbundes nach Kowno, wo sie Verhandlungen in derselben Frage mit der litauischen Regierung aufnehmen.

Grosser Monarchistentag in Rothenburg.

„Neues Wiener Tagblatt“ berichtet aus München, dass in Rothenburg ein grosser Tag österreichischer und bayrischer Monarchisten stattgefunden hat. Es fanden sich 30 hervorragende Monarchisten zu der Konferenz ein. Sehr eingehend wurde der Plan eines Wiederaufbaues Oesterreichs unter Verschmelzung dieses Landes mit Bayern gesprochen.

Polnisch-lettische Annäherung.

Riga, 6. XII. (PAT). In Riga ist das polnische Kriegsschiff „General Haller“ angelangt, auf dessen Deck sich der polnische bevollmächtigte Minister und ausserordentliche Gesandte für Lettland, Dr. Jodko-Narkiewicz, befand. An der Anlegestelle erwarteten Vertreter des lettischen Aussenministeriums, des Generalstabes der Chef der Kriegsmarine, die polnischen Konsulen in Riga und Libau und die polnische Militärdelegation, das Personal der polnischen Gesandtschaft in Riga sowie Delegierte der Polen Rigas, den polnischen Gesandten. Die Begrüssung des Gesandten fand auf dem Deck des Kriegsschiffes statt, worauf der Minister Jodko ein Dinner gab. Während des Empfangs richtete der Vertreter des lettischen Aussenministeriums, der Chef des diplomatischen Protokolls eine herzliche Begrüssungssprache an den polnischen Gesandten, auf welche der Minister Jodko ebenso herzlich erwiderte.

Kowno eine preussische Filiale.

Im „Powstaniec“, dem Organ der früheren oberschlesischen Aufständischen, befindet sich eine Nachricht, die auf eine eigenartige Zusammenarbeit Berlins mit Kowno hinweist: „Am 30. Mai d. Js. gerieten beim St. Annaberg in deutsche Gefangenschaft Heinrich Kurtz aus Gleiwitz Stanisław Ruf aus Pawlonkau, Karl Jakubowski aus Sośnica und Wincentz Skurpanek. Unter unmenschlichen Misshandlungen wurden die Gefangenen nach dem deutschen Lager Cottbus überführt, von dort verlor man sie mit russischen Kriegsgefangenen zusammen in Eisenbahnwagen und beförderte sie nach Jelen im Kownoer Litauen. Dort in Litauen wurden die polnischen Oberschlesier gezwungen, Schützengräben zu bauen. Man fragt sich, mit welchem Recht die Deutschen polnische Kriegsgefangene nach Litauen versandten, wo sie ohne Lohn und bei miserabler Ernährung gezwungen werden, Schützengräben auszuheben.“

Personalveränderungen im polnischen Handelsministerium.

Herr Sigmund Rawita-Gawroński, Chef der Abteilung für Aussenhandel im polnischen Ministerium für Handel und Industrie hat seine Dimission eingereicht. An seiner statt wird wahrscheinlich Herr Heinrich Tenenbaum ernannt, der jetzt Chef der Personalabteilung ist.

Telegramme.

Die Ratifikation der Abkommen über Danzig und Pomerellen.

Warschau. (A. U. E.) 6. XII. Morgen früh findet die Sitzung des Landtagsausschusses für äussere Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung steht die Diskussion über die Ratifikation des Abkommens zwischen Danzig und Polen, sowie des Abkommens über den Korridor durch Pomerellen.

Das polnisch-deutsche Amnestieabkommen. Austausch der Ratifikationsurkunden.

Warschau. (A. U. E.) 6. XII. Den 5. d. Mts. erfolgte im Ministerium des Aeusseren der Austausch der Ratifikationsurkunde betreffs das polnisch-deutsche Amnestieabkommen, in Anwesenheit des Herrn Jackowski seitens des Ministeriums des Aeusseren, sowie des deutschen Gesandten Oberndorf.

Abreise der polnischen Delegation nach Kattowitz.

Warschau. (A. U. E.) 6. XII. Heute Abend hat eine lange Konferenz des Ministers Skirmunt mit dem Vorsitzenden aller Unterausschüsse der polnischen Delegation für die polnisch-deutschen Verhandlungen betreffs Oberschlesien stattgefunden. Die Vorsitzenden reisen morgen um Mitternacht nach Kattowitz ab.

Die Industriekrise Polens überwunden.

Warschau, 7. XII. (A. U. E.) Die Diskussion für Handel und Gewerbe über die Krisis in der Industrie wurde fortgesetzt. Die ganze Sitzung wurde ausgefüllt durch die Ausführungen des Abgeordneten Wierzbicki, welcher feststellte, dass es wahrscheinlich zur Krisis in der Maschinenindustrie sowie in der Kleinen Industrie nicht kommen werde und, dass in der Textilindustrie die Krisis eine Abschwächung erfahren hat. Er sprach sich gegen alle Anträge von den Zwangsmitteln gegenüber der Industrie aus.

Grosser Diplomatene Empfang beim polnischen Ministerpräsi enten.

Warschau. (A. U. E.) 6. XII. Ministerpräsident Ponikowski hat heute den österreichischen Gesandten Post in Audienz empfangen. Es wurden politische und wirtschaftliche Fragen besprochen.

Er hat auch empfangen den bisherigen polnischen Gesandten in Wien, Dr. Szarota, der von der Konferenz in Porto Rose zurückkehrte und sich nach Memel im Charakter des polnischen Gesandten begibt. Wie wir erfahren, erhält Dr. Szarota die Nomination zum bevollmächtigten Minister ad personam.

Endlich wurde empfangen Prinz Woroniecki, der sich im Charakter eines charge d'affaires nach Warschau begeben hat.

Die Politik Frankreichs weckt Vertrauen.

Beiruth, 5. XII. (PAT). (Havas). Die türkische Verwaltung, Gendarmerie und Polizei nahm ihre Tätigkeit in dem ganzen Gebiet von Cilizien auf. Die Uebernahme durch die Türken hat eine grosse Beruhigung der Gemüter und die vollkommene Wiederherstellung der Ordnung zur Folge. Die Gewissheit, dass Frankreich auch fernerhin der Bevölkerung ihren Schutz angedeihen lassen würde, wurde besonders von der christlichen Gesellschaft mit grosser Genugtuung aufgenommen. So weckt die Politik Frankreichs allseitiges Vertrauen.

Amerika und die Stabilisierung der Valuten.

Wien, 6. XII. (PAT). Der Wiener Vertreter des Handelsministeriums der Vereinigten Staaten hat von Washington ein amtliches Telegramm erhalten, mit der Mitteilung, dass die Vereinigten Staaten die Einladung zur Teilnahme an einer Wirtschaftskonferenz, die sich mit der Stabilisierung der Valutakurse befassen soll, teilnehmen wird.

Konferenz für griechisch-türkische Fragen.

London, 6. XII. (PAT). (Havas). Der französische Gesandte in London, Auklaier, benachrichtigte Lord Curzon, dass Briand seine Ansicht, die eine Vermittlungsaktion der Alliierten in der griechisch-türkischen Frage beabsichtigt, billigt, und dass es mit dem englischen Vorschlag einer Konferenz der Aussenminister Englands, Frankreichs und Italiens einverstanden ist.

Die augenblickliche Lage in Oberschlesien.

Einer unserer Mitarbeiter der sich letzts einige Tage in Kattowitz aufgehalten hat, hat uns folgende interessante Einzelheiten über die gegenwärtige Lage in Oberschlesien vermittelt. Die Organisation der polnischen Verwaltung in Oberschlesien soweit es Polen zugesprochen wurde d. h. sowie der Staats-Kommunal und Polizeiverwaltung wie auch der Grenzachen entwickelte sich bis zu den letzten Tagen trotz wohlverständlichen Schwierigkeiten sehr günstig. Die einzelnen Abteilungen hoben sich bereits heraus als nützlich leider von der Interalliierten Kommission der Befehl erging die Organisation der Verwaltung in dem polnischen Teil Oberschlesiens aufzuhalten. Der Grund zu diesem Schritte erscheint schwer verständlich, wohl aber lassen sich seine verhängnisvollen Folgen schon heute übersehen. Wenn die interalliierten Behörden nicht wenigstens eine teilweise Organisation der polnischen Behörden vor der Besetzung durch polnische Truppen gestatten, dürfte eine Hemmung der Arbeit eine unausbleibliche Folge davon werden. Es ist kaum als gerecht zu bezeichnen, wenn den Deutschen in dem Deutschland verbliebenen Gebiete in jeder Beziehung freie Hand gelassen wird. In fieberhafter Arbeit nutzen sie die Zeit aus und organisieren einen glänzend funktionierenden Verwaltungsapparat, wobei sie niemand stört. Es ist festgestellt worden, dass deutsche Behörden sich bemühen, recht viel Eisenbahnmateriale aus den Polen zuerkannten Teilen Oberschlesiens nach Deutschland herauszuschaffen. Man musste sich polnischerseits dieserhalb bei der Interalliierten Kommission in Oppeln beschweren. In dem diesbezüglichen Schreiben der N. R. L. (Eisenbahnabteilung) in Kattowitz wird festgestellt, dass im Laufe des vorigen Jahres aus Rybnik und Jejkowitz sämtliche sich kreuzende Schienen, zwei Weichen, vier Signalmaste und sämtliches Material für zwei komplette Weicheneinrichtungen hinausgeschafft worden sind und die Betriebsabteilung in Rybnik wurde von allem Eisenbahnmateriale derart entblösst, dass sie heute nur noch einen geringen Wert darstellt. Auf der Linie Podlesie—Tychy haben die Deutschen alles Material nach Deutschland überführt, das zum Bau der Linie nötig war. Der Bahnhof Schopienice hat kein eigenes Wasser, weil die Deutschen den grossen elektrischen Motor dem Wasserwerk entnommen haben. Bahnhof Wodzislaw ist ohne Licht, weil dort wiederum der Dynamomotor geraubt worden ist. Ausserdem wurde eine ganze Reihe von Lokomotiven beschlagnahmt oder beiseite gebracht. Vom Bahnhof Mykowitz allein vier. Man hat auch festgestellt, dass die Eisenbahndirektion in Kattowitz waggonweise Akten, Pläne, Möbel usw. fortbefördert. Das Schreiben an die Interalliierte Kommission schliesst mit den Worten: „Angesichts dieser Tatsachen wendet sich die Eisenbahnabteilung bei Nacz. Rad. Lud. in Kattowitz direkt mit einem energischen Protest gegen eine solche Aktion der Eisenbahndirektion in Kattowitz an die Interalliierte Kommission und bittet sie, die Rückführung des fortbeförderten Eisenbahnmateriale zu veranlassen. Trotz dieser zarten Rücksichtnahme der Interalliierten Behörden auf die Deutschen macht sich unter der deutschen Bevölkerung eine immer feindseligere Stimmung breit. So musste beispielsweise nach mehreren der Interalliierten Truppen und Behörden beleidigenden Artikel der „Oberschl. Anzeiger“ der „Generalanzeiger für Schlesien und Posen“ und der „Ratiborer Anzeiger“ für 8 Tage verboten werden. Leider sind auch die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien noch immer sehr traurig, so z. B. vollführten hundert gut bewaffnete Orgeschleute in Naklo Kreis Tarnowitz einen Ueberfall auf einen Restaurationssaal (Tichauers) in dem gerade eine polnische Hochzeitsgesellschaft versammelt war. Ein polnischer Polizeibeamter wurde dort von den Orgeschleuten durch einen Revolverschuss getötet, ein gewisser Picuch und ein zweiter Polizeibeamter verwundet. Bekannte Polen wurden nach Tarnowitz verschleppt, woher sie noch nicht zurückgekehrt sind. In Zabrze überfiel ein betrunkenen deutscher Apobeamter den Pfarrer Schweinocha. Mit Mühe und Not gelang es einigen polnischen Kommunalbeamten, die den Pfarrer begleiteten, ihn zu retten. In Josefsberg Kreis Rosenberg überfielen Orgeschtruppen die Witwe Nowacka in ihrer Wohnung und versuchten ihren Sohn, den polnischen Apobeamten Nowacki von dort zu entführen, was ihnen jedoch nicht gelang. Es muss noch betont werden, dass in dieser selben Ortschaft sich noch eine beträchtliche Menge aus Deutschland hergekommener unsicherer Elemente aufhält, die unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft“ und dem Kommando eines preussischen Hauptmanns ihr Unwesen treibt. In Gleiwitz werden polnische Beamte regelmässig belästigt. Auf diese Weise versucht man sie vom Verlassen ihrer Stellungen zu veranlassen. Sonderbarer Weise hat man nicht davon gehört, dass in allen diesen Fällen irgend eine Untersuchung eingeleitet worden wäre. In der Angelegenheit Pfarrer Strzybny, der seiner Zeit auf grausamste Weise ermordet worden war, hat man jetzt erst die Untersuchung eingeleitet, nachdem gewisse Anzeichen auf den Gutsbesitzer von König als den Anstifter zum Morde hindeuten.

Die oberschlesische Bevölkerung sehnt sich infolgedessen nach einer festen Hand, die mit all diesen unsicheren Elementen aufräumt. Man glaubt, dass die Oberschlesien besetzenden polnischen Truppen wieder sichere Verhältnisse in der Provinz schaffen werden. Am meisten interessiert augenblicklich Presse und Bevölkerung Oberschlesiens der polnisch-französische Wirtschaftsvertrag, die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die Konferenz mit den deutschen Industriellen in Sosnowice, der man im allgemeinen ziemlich skeptisch gegenübersteht, ferner die Arbeiten der Grenzkommision usw. Einen sehr günstigen Eindruck machen die Lebensmittelsendungen, die von Polen nach Pless und Rybnik verschickt werden und das grosse Interesse das die Presse aller Richtungen in ganz Polen der oberschlesischen Frage entgegenbringt.

Polnisch-litauische Verhandlungen in Warschau.

Während der polnisch-litauischen Konferenz in Warschau trug der Vertrauensmann der litauischen Regierung, Herr Rosenbaum, bei der polnischen Regierung an, ob sie bereit wäre, über polnisch-litauische Angelegenheiten mit der Regierung in Kowno zu verhandeln. Die polnische Regierung erklärte sich bereit zu unterhandeln, falls konkrete Fragen, wie Pass-, Verkehr-, Telegraph-, Post und Konsulatangelegenheiten und Schutz der polnischen Minderheit wie überhaupt die Regelung normaler nachbarlicher Beziehungen zwischen Litauen und Polen zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden würden.

Herr Rosenbaum erklärte, dass diese Fragen nur im Zusammenhang mit dem Ganzen der polnisch-litauischen Beziehungen behandelt werden könnten. Auch hierzu erklärte sich die polnische Regierung bereit, falls man jede strittige Angelegenheit prinzipiell und gesondert zu regeln versuchen würde. Auf die Frage Rosenbaums, ob eine Zusammenkunft einer polnischen und litauischen Abordnung zum Austausch der Meinung möglich wäre, erwiderte man von polnischer Seite, dass ein Einvernehmen in diesen Fragen durchaus im Bereich der Möglichkeit liege, da man hierbei das Programm der Verhandlungen festlegen könnte. Meritorische, also grundlegende Verhandlungen müssten in der Folge eine Regelung erfahren. Von der Wilnaer Angelegenheit wurde während der ganzen Unterhandlung nicht gesprochen. Herr Rosenbaum bat, man möchte ihm gestatten nicht über Danzig, sondern direkt über Wilna nach Litauen zurückzukehren. Die polnische Regierung ging bereitwilligst darauf ein und erliess Befehle, Herrn Rosenbaum nirgends Hindernisse in den Weg zu legen und sein Uebertreten der Kownoer Grenze nicht zu hindern. Man sieht hieraus, wie die polnische Regierung ihre Friedensliebe und ihre Bereitwilligkeit mit den Nachbarn im Einvernehmen zu leben selbst Litauen gegenüber betätigt, das doch gewiss bis dahin alles getan hat, um selbst eine engelhaftige Geduld aus der Fassung zu bringen. Polen will eben fast um jeden Preis mit seinen Nachbarn in Frieden leben und am Wiederaufbau Europas, selbst um den Preis eigener Opfer intensiv mitarbeiten.

Noch immer Ponikowski's Posener Rede.

Die „Germania“, das Parteorgan Dr. Wirths, hat ihre Empörung geäussert darüber, dass der polnische Ministerpräsident Ponikowski in seiner Posener Rede die Deutschen in Polen als zugewanderte Bevölkerung bezeichnet hat. Das deutsche Zentrumblatt nimmt die deutsche Bevölkerung in Schutz und behauptet, die polnischen Behörden seien ihr gegenüber nicht zart genug. Die Behandlung der Minderheit werfe auch Schatten auf das Verhältnis des deutschen zum polnischen Reiche, der nachbarliche Beziehungen durchaus nicht angenehm sind. Die „Germania“ äussert den Wunsch, dass man bei den oberschlesischen Verhandlungen den Schutz der völkischen Minderheit im Auge behalten müsse. Hierzu wäre zu bemerken, dass die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen im Vergleich zu jener Behandlung, die seiner Zeit die polnische Mehrheit in Westpreussen und Posen sowie Oberschlesien über sich ergehen lassen musste, gewiss eine sehr milde zu nennen ist. Von „unerhörter“ Behandlung der Deutschen in Polen kann natürlich nicht die Rede sein. Unerhört war dagegen die frühere preussische Behandlung. Die Behandlung der Polen in Deutschland ist auch selbst noch viel ungünstiger, als die der Deutschen in Polen. Das scheint die reichsdeutsche Presse aus Gedächtnis und Auge gelassen zu haben.

Franzosen und Polen zahlen 100 Procent mehr.

In einigen Hotels in Dresden wurde bekanntgegeben, dass französische und polnische Gäste nicht erwünscht sind und nur bei Zuzahlung von 100 Procent zu den üblichen Preisen aufgenommen werden können. Die Polen sollen zahlen, denn der Ueberschuss soll für die Flüchtlinge in Oberschlesien verwandt werden. Eine ganz eigenartige Revanchepolitik.

Leset und verbreitet die deutsche Morgenausgabe „Gazeta i Dziennik Gdański“

Wirtschaftlicher Teil.

Deutsches Eisenbahnmateriale für Polen.

Das polnische Eisenbahnministerium gibt bekannt: Am 5. Dezember ds. Js. begann die formelle Abnahme des Eisenbahnmateriale und zwar des Güterwagenparks, der Polen auf Grund des § 371 des Friedensvertrages von Versailles zuerkannt worden ist. Die Abnahme leitete die Internationale Kommission mit dem japanischen Major Tanaki an der Spitze. Die Formalitäten wurden in Berlin erledigt. Die Waggon selbst befinden sich meist bereits in Polen, galten jedoch bisher als noch nicht rechtlich geregeltes Eigentum Polens und waren auch nicht mit polnischen Eisenbahnzeichen versehen, darum konnte die volle Ausnutzung dieses Eisenbahnmateriale in vielen Fällen nicht durchgeführt werden oder doch nicht in dem Masse, wie es der Fall sein wird, wenn dieses Material direktes Eigentum des polnischen Staates geworden sein wird. Die formelle Abnahme der Waggon zu Gunsten Polens hat nicht

allein juristische Bedeutung sondern auch eine praktische: denn sie wird eine ausgiebigere Ausnutzung gestatten, weil jedoch diese Güterwagen über ganz Polen verstreut sind, und es augenblicklich unmöglich ist sie aus dem Betriebe zurückzuziehen zum Zwecke der Erledigung der Uebernahme und Abgabefähigkeit, weil ferner die Arbeiten dieserhalb erschwert sind, kann die endgültige Regelung der ganzen Angelegenheit vielleicht erst nach einigen Monaten erfolgen. Die Annahme- und Uebergabeformalitäten werden von 25 Unterkommissionen in verschiedenen Ortschaften des Landes erledigt. Die Zusammensetzung dieser Unterausschüsse wird eine deutsch-polnische sein. Die Leitung hingegen der ganzen Angelegenheit wird sich in den Händen der Zentralkommission des Ueberwachungsamtes für Abnahme von Waggon beim Eisenbahnministerium in Warschau befinden. Die Uebernahme umfasst annähernd 50 000 Güterwagen. Was dagegen die Personenwagen und Lokomotiven anbetrifft so ist ihre Zuteilung längst erfolgt. Da die ganze Uebergabe sich bereits im Endstadium befindet, steht zu erwarten, dass die polnischen Eisenbahnen nach einigen Monaten tatsächlich schliesslich in den Besitz des beweglichen Wagenparks gelangen werden, der aus der deutschen Zuteilung herrührt. Im Gegensatz hierzu steht die Zuteilung des ehemals österreich-ungarischen Eisenbahnmateriale. Diese befindet sich noch im Anfangsstadium infolge der vielen Schwierigkeiten die sich dem Gegensatz der Interessen der Nachfolgestaaten ergeben haben. An der Spitze dieser Aktion steht die Internationale Kommission in Wien unter Vorsitz des Engländers Franz Danta.

Danziger Devisen vom 6. Dezember.

Devise	5. 12. Geld	5. 12. Brief
Dollarnoten	226,77	227 23
Telegr. Auszahl. London	919,05	920 95
do. Amsterdam	—	—
Kościusko Noten	6,53 1/2	6,57 1/2
Auszahlung Warschau . .	—	—
do. Posen	—	—
do. Pommerellen	6,46	6,46

Berliner Devisenkurse vom 6. XII. 1921.

Amsterdam-Rotterdam 8201,75, Buenos Aires 74,65, Brüssel-Antwerpen 1643,35, Christiania 3311,65, Kopenhagen 4305,65, Stockholm 5484,50, Helsingfors 414,55, Italien 974, London 931,55, New York 227,02, Paris 1713,25, Schweiz 43,88,10, Spanien 3186,80, Wien Dt. Oestr. abgest. 748, Prag 251,70, Budapest 27,47, poln. Noten 6,40, Auszahlung Warschau 6,40.

Berliner Börsenstimmungsbild vom 6. XII. Die Unsicherheit über die Lösung der Moratorium- und Anleihefrage hielt sowohl im Devisenverkehr als auch im Effektenverkehr jede Unternehmungslust darnieder. Allgemeine Zurückhaltung bildete daher das Kennzeichen des Tages. Devisen wurden auch am Vormittag von Büro zu Büro nur wenig umgesetzt, bei wenig veränderten, aber im ganzen festen Kursen. Am der Börse trat daher eine Neigung zur Abschwächung hervor, ohne jedoch einen besonderen Druck auf den Kursstand auszuüben. Die Devisen New York stellten sich vorbörslich auf 232—235 und ging später bis auf etwa 229 zurück. Der Effektenhandel ruhte vollständig. Es wurden nicht einmal für die gangbarsten Papiere Kurse genannt.

Um den polnischen Zolltarif.

Nach dem Abschluss der polnisch-Danziger Konvention musste ein engeres Verhältnis zwischen Polen und Danzig in vielerlei Beziehung eintreten, besonders jedoch hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Versailler Friedensvertrag und die Pariser Konvention haben unzweideutig festgelegt, dass Danzig dem polnischen Wirtschaftsgebiet einverleibt wird. Zu dem Zwecke musste ein Wirtschaftsvertrag geschlossen werden.

Es versteht sich, dass Danzig den polnischen Zolltarif anwenden müssen, welcher der Konvention entsprechend, schon vom 1. Januar 1922 Gesetzeskraft erhalten soll. Den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen kann man sich nicht leicht anpassen, denn erstens muss der Kaufmann sich in einer ganz anderen Richtung orientieren; alte Verbindungen werden gelöst, neue müssen erst angeknüpft werden. Ueberdies muss der Kaufmann die neuen Bezugsquellen ausfindig machen und sie kennen lernen. Das grösste Problem bildet wohl augenblicklich die polnische Mark. Ihre schwankende Tendenz stellt grosse Schwierigkeiten dar und zwar was ihren Einfluss auf den polnischen Zolltarif als auch auf den Bezug von Waren aus polnischen Quellen anbelangt. Deshalb ist es auch verständlich, wenn Danziger Wirtschaftskreise sich ablehnend gegenüber einer baldigen Einführung des polnischen Zolltarifs verhalten, welcher während des niedrigsten Standes der polnischen Mark gerechtfertigt war, nach dem Anwachsen des Markkurses jedoch eine gewaltige Belastung des Handels und der Konsumenten bedeutet.

Von Danziger Seite wird zugegeben, dass man im Verhandlungswege recht wertvolle Zugeständnisse erreichte, vor allem soll bei einer neuen Feststellung des Zolltarifs auch Danzig mit angehört werden. Der Vertrag wurde zu einer Zeit abgeschlossen, wo die Polenmark das niedrigste Kursniveau erreichte und der Zolkoeffizient mit 150 resp. 400 % festgesetzt wurde. Erst im September wurde der Zolkoeffizient von 150 auf 400 und von 400 auf 800 % (für Luxuswaren) festgelegt; ausserdem sind einige Zollsätze ungewöhnlich hoch.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, dass die polnische Regierung einen Ausweg, welcher den letzten Kursänderungen der polnischen Mark entspricht, findet, und den Wünschen Danzigs mit dem grössten Wohlwollen entgegen kommt, und zwar in der Weise, dass 1) die wirtschaftliche Erschütterung die Danzig droht, möglichst reduziert wird, und 2) die Interessen der polnischen Industrie, welche sich in einer äusserst schwierigen Lage befindet, voll und ganz wahr.